Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau (ohne Verantwortung der Redaktion) : auf alten Gleisen weiter ; Fester Kurs oder Abenteuer? ; Frieden ist möglich...; ...aber unter Bedingungen! ; Europäische Sorgen ; In der Tschechoslowakei ; Der Kampf um Finnland ; Südosteuropa ; Krieg ...

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139105

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

auch als Redaktor sich mit den «Neuen Wegen» eng verbunden wußte, der im Jahre 1923 bei der Gründung der Vereinigung «Freunde der ‚Neuen Wege'» mitwirkte und diese Vereinigung nun 25 Jahre lang zu leiten hatte, möchte sich schon heute mit diesem Bericht, dessen Abfassung ihm wahrhaftig nicht leicht gefallen ist, von den Mitgliedern der Vereinigung und von der weiteren Leserschaft verabschieden und damit den Wunsch verbinden, daß der Geist, der während mehr als vier Jahrzehnten die «Neuen Wege» bestimmt und gestaltet hat, auch fernerhin lebendig bleibe. *R. Lejeune.*

Weltrundschau

(Ohne Verantwortung der Redaktion)

Auf alten Gleisen weiter Durften wir unsere Mai-Rundschau mit der unsicheren und doch der Hoffnung Raum gebenden Frage einleiten, ob die in Moskau geführten russisch-amerikanischen Besprechungen vielleicht den Ausgangspunkt für eine Generalverständigung zwischen den beiden führenden Weltmächten bildeten, so muß an die Spitze dieses neuen Weltüberblicks die resignierte Feststellung gesetzt werden, daß sich alle solche Hoffnungen und Entwürfe wieder einmal ins Nichts verflüchtigt haben. Amerika und seine Verbündeten glauben nun einmal einfach nicht an die Ehrlichkeit der russischen Absichten. Überall, auch hierzulande, redet man im Rückblick auf die «Episode Smith-Molotow» nur noch von einer propagandistischen «Friedensoffensive», welche die Sowjetregierung eingeleitet habe, von einem «russischen Überrumpelungsversuch», einem Moskauer «Theatercoup» und was derlei wegwerfender Ausdrücke mehr sind, und ist heilfroh, daß sie in Washington den verschlagenen Moskowitern nicht «in die Falle gegangen» seien, vielmehr, nach einem Augenblick des Schwankens, aufs neue den «festen Kurs» fortsetzten, den die Vereinigten Staaten besonders unter der Führung General Marshalls zu steuern begonnen hätten.

Wir können nicht anders, als diese abermalige Versteifung auf eine Haltung, die wir immer als falsch angesehen haben, lebhaft bedauern. Ganz einerlei, was die letzten Ziele der russischen Weltpolitik sein mögen: die Sowjetregierung hat sich durch den Mund nicht nur Molotows, sondern Stalins selbst in aller Form bereit erklärt, über eine Gesamtbereinigung der zwischen Rußland und Amerika aufgetretenen Streitpunkte zu verhandeln, und an Amerika hätte es nun gelegen, die Russen beim Wort zu nehmen und sie vor ganz bestimmte Entscheidungen zu stellen, wobei sich bald hätte zeigen müssen, ob es Moskau mit seiner Verständigungsbereitschaft ernst war oder nicht. Wer dann, bei einem russischen Versagen, in die Falle gegangen wäre, das wäre nicht Amerika gewesen, sondern die Sowjetunion selber,

deren Friedensaktion dann wirklich als bloßes Manöver enthüllt worden wäre. Indem die Vereinigten Staaten hier *nicht* zugriffen, sondern nach einem rätselhaft bleibenden ersten Anlauf gleich wieder den Rückzug antraten, haben sie eine schwere Verantwortung auf sich genommen und sich auch dann ins Unrecht gesetzt, wenn ihnen das ganze undurchsichtige und formlose Verhalten der Russen noch soviel Anlaß zum Mißtrauen gegeben haben mag.

So geht nun eben die große Politik auf den alten, ausgefahrenen Gleisen weiter. Und die Gefahr wächst mit jedem Monat, daß es auf dieser Linie, trotz allen Brems- und Ausweichbemühungen, die auf beiden Seiten unverkennbar da sind, doch einmal unversehens zu jenem katastrophalen Zusammenstoß kommt, den alles fürchtet und zu dessen Vermeidung doch niemand entschlossenen Geistes die nötigen Anstalten trifft.

Fester Kurs oder Abenteuer?

Der «feste Kurs», den die amerikanische Regierung nunmehr gegenüber der Sowjetunion weiter verfolgt, wird durch drei Stichworte gekennzeichnet: Truman-Doktrin, Marshall-Plan, Westblock. Seine erste, aufsehenerregende Äußerung war die bekannte *Rede Trumans*, die allen «freien Ländern» in ihrem Kampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus amerikanische Geld- und Waffenhilfe anbot und zuerst auf Griechenland, die Türkei und China Anwendung fand, später in etwas verschleierter Form auch auf Persien und Italien. Der *Marshall-Plan* sollte die Truman-Doktrin und den peinlichen Eindruck, den sie weit herum gemacht hatte, ursprünglich wohl abschwächen, fügte sich dann aber in ihren Rahmen doch vortrefflich ein. Er schien zunächst bloß eine großzügige Wirtschaftshilfe der reichen Vereinigten Staaten an das verarmte Europa werden zu sollen, eine Hilfe übrigens, deren Umfang man trotz allem auch nicht überschätzen darf, stellen doch die 5,3 Milliarden Dollar, auf die sich die amerikanischen Lieferungen im ersten Jahr belaufen sollen (sofern die Bundesversammlung sie nicht doch noch kürzt), wenig mehr als 2 Prozent der amerikanischen Kriegsproduktion in den Jahren 1941 bis 1945 dar und kaum 8 Prozent der Friedensproduktion von Amerikas Industrie und Landwirtschaft. Bald genug zeigte es sich aber, daß der Marshall-Plan vor allem eine *politische* Waffe erster Ordnung zu werden bestimmt war. Er sollte von der Wirtschaft her den Kommunismus und Sozialismus bekämpfen, der sich als Folge des Krieges in Europa gefährlich auszubreiten begann, und das bedeutete, daß die amerikanische Hilfe keinem Lande zuteil werden durfte, das unter russischem oder kommunistischem, ja auch nur unter allzu starkem sozialdemokratischem Einfluß stünde, vielmehr der Sicherung des «freien Unternehmertums» – der kapitalistischen Wirtschaft und der auf ihr be-

ruhenden bürgerlichen Demokratie – in den vom «Kollektivismus» bedrohten Ländern zu dienen hatte. Das aber führte folgerichtig weiter zu dem Streben, die *westeuropäischen Staaten* zu einem möglichst geschlossenen *Block* zusammenzufassen, der eine Wirtschafts- und Militärmacht darstellen würde, stark genug, um der Sowjetunion und dem Kommunismus ein schwer zu überwindendes Hindernis in den Weg zu stellen, falls diese versuchen sollten, weiter nach Westen vorzudringen.

Der amerikanische Europaplan, der seinerseits nur ein Stück des amerikanischen Weltplans ist, entbehrt sicherlich in seiner Art der Größe nicht. Aber auch nicht der Gefährlichkeit! Wie André Véran im «Esprit» sehr klar darlegt: er schließt sowohl ein wirtschaftliches als ein politisches Risiko in sich. Auf der einen Seite drängt er die westeuropäischen Staaten zu immer stärkeren Kriegsrüstungen, für deren Durchführung sie natürlich mit in erster Linie auf Amerika zählen. «Wenn man so Produktionsgüter in Tanks und Kanonen verwandelt und das Budgetdefizit vermehrt, so heißt das einfach, daß man vorweg wieder niederreißt, was man aufzubauen trachtet. Das Inflationsloch, das daraus entsteht, wird nur die Gleichgewichtsstörung verewigen und die französische Industrie in eine so gefährliche Lage bringen, daß sie zweifellos wird von Wallstreet neue Kapitalanlagen begehren und damit ihre wirtschaftliche Unterjochung beschleunigen müssen.»

Anderseits, so stellt Véran fest, fordert eine derart offenkundig gegen die Sowjetunion gerichtete Politik den lebhaften Widerstand der Russen und Kommunisten heraus:

«Tatsächlich hat denn auch der kalte Krieg zur Folge gehabt, daß sich ihre Stellungen in Osteuropa verstärkt haben und eine heftige Agitation in Frankreich und Italien entfesselt worden ist. So ist der Marshallplan, den seine Anhänger noch vor ein paar Monaten als das Mittel hinstellten, mit dem die Vereinigten Staaten den Frieden mit den geringsten Kosten bewahren könnten, heute zu einer der größten Kriegsgefahren geworden, die wir seit der Befreiung gekannt haben... Der lockende Traum von einem Westblock mit 275 Millionen Einwohnern ist plötzlich ein gefahrvolles Unternehmen geworden, bei dem die amerikanische Regierung, weil sie zu viel gewinnen wollte, alles zu verlieren droht.»

Frieden ist möglich .... Und doch liegt eine Verwirklichung des Gedankens, der der Europahilfe zugrunde liegt – Entwicklung der Wirtschaftskräfte der Völker als Voraussetzung für die Sicherung von Frieden und Freiheit – auch heute noch durchaus im Bereiche des Möglichen. Ich habe schon einmal auf den *Wallace-Plan* hingewiesen, der einen Weg zur Erreichung dieses Zieles zeigen will, und ich möchte, nachdem ich das neue Buch von Henry Wallace, «*Toward world peace*» («Dem Weltfrieden entgegen») bekommen habe, abermals aussprechen, wie nötig und richtig

mir die Grundidee dieses großen Planes scheint. Die Politik, die Wallace empfiehlt und seinen Landsleuten jetzt bei seiner Bewerbung um die Präsidentschaft nahezubringen sucht, gipfelt in folgenden Vorschlägen:

Äufnung eines Fonds der Vereinten Nationen, etwa nach dem Muster der UNRRA, für den Wiederaufbau der kriegsgeschädigten Länder Europas und Asiens und für die planmäßige Entwicklung ihrer Industrie und Landwirtschaft;

Leistung von Beiträgen Amerikas und anderer dazu fähiger Staaten an diesen Fonds, der groß genug sein müßte, um einen Wirtschaftsplan für mindestens fünf Jahre zu finanzieren;

Zuweisungen aus dem Fonds an die in Frage kommenden Länder nach dem Maß ihrer Bedürftigkeit, ohne Rücksicht auf ihre politische und soziale Verfassung;

gewissenhafte Achtung der nationalen Souveränität der Empfängerländer, aber wirksame Überwachung der zweckentsprechenden Verwendung der UNO-Mittel;

Finanzierung und Förderung lediglich von Friedenswerken, unter Ausschluß aller Kriegsvorbereitungen;

Verwaltung der Ruhr durch die «Großen Vier» in der Weise, daß dieses industrielle Kerngebiet nur dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas nutzbar gemacht wird und Deutschland nie wieder eine Gefahr für seine Nachbarn sein kann.

Wallace ist überzeugt, daß bei einer jährlichen Ausgabe von wenigstens fünf Milliarden Dollar die Welt auf dieser Grundlage einer ungeahnten Steigerung ihrer Produktivkräfte entgegengeführt werden könnte:

«Für Amerika wird sich das in mannigfacher Art lohnen. Mit Hilfe amerikanischer Geldmittel, Waren und Techniker können die rückständigen Gebiete der Welt in zehn Jahren leisten, was sonst fünfzig Jahre brauchen würde. Es ist möglich, zu unseren Lebzeiten die Lebenshaltung in Osteuropa auf die Höhe der westeuropäischen zu bringen, diejenige Rußlands auf die Höhe der osteuropäischen und diejenige Asiens auf das Niveau Rußlands.

Amerika wird seine Pflicht der Welt gegenüber nicht erfüllt haben, solange es nicht die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft Asiens, des Balkans, Lateinamerikas, des Nahen Ostens, Afrikas und Osteuropas um 50 Prozent gesteigert hat. Gleichzeitig sollte die industrielle Produktion all dieser Gebiete mindestens um 100 Prozent erhöht werden.

... Die besten Techniker der Welt sollten im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation ein Weltprogramm entwerfen, das Pläne für öffentliche Arbeiten enthielte: Eisenbahnen, Straßen, Staudämme, Bewässerungsanlagen, Düngerfabriken, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Stahlwerke, Zementwerke, chemische Fabriken und alle sonstigen Anlagen, die von grundlegender Bedeutung für eine gehobene Lebenshaltung sind.

... Die großen Summen, die dafür nötig wären, sollten uns nicht erschrecken. Die Kosten werden auf keinen Fall so groß sein wie die eines Krieges. Außerdem

kann eine kapitalistische Demokratie wie die Vereinigten Staaten nur flott erhalten werden, wenn beständig und produktiv Geld in die Erschließung von Gebieten mit noch unangetasteten Naturschätzen und einer wachsenden Bevölkerung hineingesteckt wird. Geld kann wie Wasser nur durch Umlauf sauber gehalten werden. Stehende Kapitalwasser erzeugen Arbeitslosigkeit und Entartung. Das Geld sollte vorzugsweise in denjenigen Gebieten am tätigsten erhalten werden, wo die ungenutzten Kräfte am größten, die Lebenshaltung am niedrigsten und die Bevölkerung im Wachsen ist. Sonst entwickeln sich Druckwirkungen, die unausweichlich zu politischer Unruhe und schließlich zu Revolution, Empörung und Krieg führen.»

. . . . aber unter Bedingungen! Ein solches wirtschaftlich-soziales Weltregime wäre noch lange kein Sozialismus, aber es wäre auch nicht mehr der gegenwärtige reaktionäre, erobernde Monopolkapitalismus. Es wäre ein New Deal im internationalen Maßstab, eine menschlich und sozial ausgerichtete Planwirtschaft, welche die Demokratie sichern hülfe und dem Faschismus wie dem Kommunismus auf die einzige Art entgegenwirkte, die dauernden Erfolg verheißt. In einer dergestalt geordneten und vorwärtsschreitenden Welt könnten jedenfalls ein *wirklich* «freies Unternehmertum», der Sozialismus und der Kommunismus in friedlichem Wettkampf nebeneinander leben und zeigen, was jedes von ihnen zu leisten vermag, statt daß sie sich gegenseitig auszurotten trachteten. Und dann würde auch die Abgrenzung der verschiedenen *politischen* Macht- und Einflußzonen, im besondern die Ausmarchung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen, so daß die Völker endlich mit Zuversicht die Schaffung einer den Krieg verbannenden zwischenstaatlichen Rechtsordnung an die Hand nehmen könnten.

All das setzt indessen ganz bestimmte und tiefgreifende Wandlungen innenpolitischer und nicht zuletzt geistiger Art in den hauptsächlich beteiligten Ländern voraus. Und zwar nicht nur – woran viele zuerst denken – eine gewisse Demokratisierung und Humanisierung der Sowjetunion, so unerläßlich diese auf die Länge auch ist, sondern vor allem einen Durchbruch der fortschrittlichen Kräfte in *Amerika*. Die Sowjetunion *kann* ja, wie immer wieder gesagt werden muß, auf absehbare Zeit gar keinen Krieg führen und *will* es gewiß auch nicht; was wie Ausdehnungs- und Angriffsgeist von ihrer Seite aussieht, ist überwiegend die Reaktion auf die *tatsächlich* expansiven und aggressiven Strebungen des westlichen, namentlich des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus. Und darum muß man wiederum Henry Wallace zustimmen, wenn er in dem vorhin erwähnten Buche schreibt:

«Auf seiten der Vereinigten Staaten ist der erste wirksame Schritt zu solch einem Friedensvertrag mit Rußland die Ausschaltung der gegenwärtigen Herrschaft der Wallstreet (also der Geldmächte) und der Militärs in Washington. Diese Gruppe ist so sehr von Furcht und Haß gegenüber Rußland besessen, daß sie früher oder später sicherlich Krieg anfangen wird. Dieser Anfangsschritt zum Frieden setzt nichts Geringeres voraus als einen Wechsel im Regierungssystem — einmal weil

die Regierung Truman durch ihr bisheriges Verhalten die Achtung eingebüßt hat, und sodann weil die finanziellen und militärischen Einflüsse nicht nur von außen her wirken, sondern sich in der Regierung selbst eingenistet haben.»

Ob es einen solchen Systemwechsel *will*, das ist die wirkliche Frage, die sich dem amerikanischen Volk bei der Präsidentenwahl im Spätherbst stellt – nicht, ob der neue Präsident wieder Truman, vielleicht auch Eisenhower heißt oder aber Dewey, Taft, Vandenberg oder wer immer von den Republikanern an ihrem bevorstehenden Parteitag als Kandidat bezeichnet werden mag. Nur braucht es eben unendliche Mühe und Geduld, braucht es wohl geradezu ein neues, sinnfälliges Versagen des gefeierten amerikanischen Wirtschaftssystems, bis es zu einem derartigen Durchbruch kommt. Der Feldzug Wallaces und seiner «Neuen Partei» geht zwar, wie aus Amerika berichtet wird, mit unerwartetem Schwung weiter, aber die Widerstände gegen den gefährlichen Mann versteifen sich darum offen und insgeheim nur desto mehr. Und gleichzeitig geht auch ungebremst jene freiheitsfeindliche Bewegung weiter, die unter dem Vorwand der Kommunistenbekämpfung nicht nur «ein paar Filmschauspieler in Hollywood» exkommuniziert, sondern das ganze öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten vergiftet und unter unerträglichen Druck setzt, so daß in allem Ernst gesagt werden konnte, Amerika laufe tatsächlich Gefahr, die Redefreiheit zu verlieren und in irgendeinen Halbfaschismus abzugleiten[1]. Anderseits haben in den letzten Wochen überraschenderweise – vermutlich dank der fortdauernden Hochkonjunktur und den riesigen Rüstungsaufträgen für die Industrie – und trotz den schweren Hemmungen des Taft-Hartley-Gesetzes die amerikanischen Gewerkschaften in verschiedenen Großunternehmungen wie General Motors, Chrysler, General Electric wesentliche Lohnerhöhungen zu erlangen vermocht, und es scheint, daß ganz allgemein das Unternehmertum einer Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft vorerst eher auszuweichen gesonnen ist. Aber das täuscht eben doch nicht über das außerordentliche Kraftbewußtsein hinweg, von dem heute der amerikanische Kapitalismus erfüllt ist, und von dem niemand weiß, wohin es die Vereinigten Staaten und die Welt noch treiben wird.

---

[1] Das Mundt-Nixon-Gesetz, das vom Abgeordnetenhaus bereits angenommen worden ist und einen ersten Niederschlag der planmäßigen «Rotenhetze» der vergangenen zwei Jahre bildet, definiert den Kommunismus und die kommunistische Tätigkeit, die es verbieten will, derart allgemein und ungenau, daß jeglicher Willkür Tür und Tor geöffnet wird. Ob Wallace und seine «Neue Partei», die ja von der Gegenseite längst als kommunistenhörig bezeichnet werden, unter diesem Gesetz überhaupt noch nennenswerte Bewegungsfreiheit haben werden, muß als fraglich gelten. Unsere Leges Häberlin, die zweite ebenso wie die erste, die vom Volk so wuchtig verworfen worden sind, erscheinen neben der Mundt-Nixon-Bill geradezu als Muster juristischer Sauberkeit und Klarheit.

Europäische Sorgen Zu den Bedingungen einer fortschrittlichen, dem Frieden eine reale Grundlage gebenden Weltplanwirtschaft gehört in zweiter Linie, daß der europäische *Sozialismus* endlich die Klarheit und Festigkeit gewinnt, deren er jetzt allzusehr ermangelt, und daß er damit zur maßgebenden Kraft in der Gestaltung der Geschicke unseres Erdteils wird, der – einerlei, wie es sonst in der Welt draußen stehen mag – mehr und mehr für die Gemeinwirtschaft reif wird. Allein auch hier darf man sich zunächst nicht allzu viel versprechen. Der «New Statesman» meint mit nur zuviel Recht:

«Wirtschaftlich sind die vor uns liegenden Schwierigkeiten gewaltig. Und doch besteht immer noch viel größere Hoffnung auf die rechte Art Vorwärtskommen auf wirtschaftlichem Gebiet als auf demjenigen der politischen Verfestigung. Politisch ruht Westeuropa zur Zeit auf einer ungemütlichen Allianz zwischen Katholiken und Sozialisten, wobei die Katholiken nahezu überall — ausgenommen in Großbritannien und Skandinavien — in der weitaus besseren Position sind. Wirtschaftlich besteht überhaupt keine Aussicht, daß die Volkswirtschaften der westlichen Länder der Gesundung entgegengeführt werden können, ohne daß Sozialisierungsmaßnahme ergriffen werden. Die Lage wäre vielleicht anders, wenn irgendeine Wahrscheinlichkeit bestünde, daß amerikanische Kapitalisten privatim große Summen auf den europäischen Kapitalmarkt würfen. Aber das ist nun einfach nicht beabsichtigt, wenn es auch natürlich eine gewisse amerikanische Kapitalanlage geben wird und damit einen gewissen Versuch, sie als Werkzeug zur Bekämpfung des Sozialismus zu benützen. Europas Schutz in dieser Beziehung liegt darin, daß die Aussichten, die es amerikanischen Kapitalisten bieten kann, bei weitem nicht verlockend genug sind, um es wahrscheinlich zu machen, daß amerikanisches Kapital in großem Maß einströmt; und solange das nicht geschieht, wird die Kapitalknappheit die westlichen Länder zwingen, die Verwendung ihrer begrenzten Kräfte scharf zu regulieren und anderseits viele der notwendigen Entwicklungen direkt als öffentliche Unternehmungen durchzuführen. So bewirken die Wirtschaftskräfte, die Westeuropa vereinigen, auch eine Stärkung des demokratischen Sozialismus.»

Diese letzte Bemerkung ist nun freilich noch Zukunftsmusik. In *England* selbst erleidet der demokratische Sozialismus zurzeit eher eine gewisse Schwächung insofern, als sich die Mittelschichten, die vor drei Jahren die Labourpartei zur Macht emporgetragen haben, zum Teil wieder von ihr abkehren und der zügellosen Demagogie Churchills und der Konservativen Gehör schenken. Der Planungsgedanke, der während des Krieges nicht nur auf militärischem, sondern auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet fast unwiderstehliche Macht über die Gemüter gewonnen hatte, bedeutet den Leuten nicht mehr so viel, ja er ist – unter dem Einfluß einer interessierten Propaganda – beinahe unpopulär geworden und muß erst wieder neu herausgearbeitet und mit den unmittelbaren Bedürfnissen des Volkes verknüpft werden. Einer ähnlichen Stimmungsänderung scheint – wenn wir über den europäischen Rahmen hinausgreifen wollen – auch der jüngste Wahlerfolg des reaktionären Nationalismus und Rassismus in *Südafrika* zuzuschreiben sein, der allerdings noch auf so unsicheren Füßen steht, daß Dr. Malan und seine Mannschaft sehr vorsichtig operieren

müssen, um sich nicht alle Chancen zu verderben. In *Frankreich* und *Italien*, weniger ausgesprochen in *Holland* und *Belgien*, sitzt jedenfalls das konservative Bürgertum wieder fest im Sattel und betreibt eine orthodox-liberalistische Finanz- und Wirtschaftspolitik, die auch dann nicht abgeschwächt werden dürfte, wenn etwa de Gaulle oder – in Italien – ein gemäßigter Neufaschismus ans Ruder kommen sollte[1].

In *Deutschland* – und ähnlich in *Luxemburg* – erzeigen die letzten Wahlen eher wieder eine Stärkung der Sozialdemokratie. Aber was für eine Sozialdemokratie ist das! Sie als Triebkraft einer revolutionären Neugestaltung Mitteleuropas ansprechen zu wollen, wäre unverzeihliche Naivität und Verblendung. Dies um so mehr, als die Westalliierten ganz planmäßig eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung begünstigen, die ohne ganz energische Gegenwirkung unfehlbar wieder die alten konservativ-kapitalistischen Kräfte obenauf bringen wird, die Deutschland zweimal ins Verderben geführt haben und es ein drittes Mal zu tun drohen.

Die Westalliierten haben sich nun zwar, unter Beiziehung der Beneluxgruppe, auf einen Kompromiß über Deutschland geeinigt, der unter allmählicher Verschmelzung der französischen mit der angelsächsischen Zone die Wahl einer Nationalversammlung und die Bildung einer deutschen Regierung für 1949 ins Auge faßt und anderseits Frankreich – wenigstens auf dem Papier – eine gewisse Sicherheit gegen eine neue Invasion bietet. Aber wenn auch das französische Parlament den Londoner Vertrag wohl oder übel gutheißen muß, will es nicht die sich mühsam aufrechthaltende Regierung der Mitte stürzen, so gibt sich doch niemand in Frankreich einer Täuschung darüber hin, daß Deutschland auch fernerhin ein gefährlicher Nachbar bleiben wird. Dies besonders auch darum, weil die westdeutsche Großindustrie mit ihrem gewaltigen Kriegspotential fest unter angelsächsischer Kontrolle gehalten wird – die Engländer und Amerikaner haben in der Ruhrkommission, die über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Eisenproduktion zu wachen hat, acht von fünfzehn Sitzen inne – und diese Kontrolle in allen entscheidenden Fällen tatsächlich zugunsten der neu-alten Herrenklasse spielen dürfte, die sich wieder das Eigentum an den rheinisch-westfälischen Industriewerken zu sichern gewußt hat, teilweise im Kompagniegeschäft mit amerikanischem Kapital. Und mag auch der leitende Gedanke auf angelsächsischer Seite durchaus die Stärkung Deutschlands im Blick auf eine Auseinandersetzung mit

[1] Die Ereignisse von Clermont-Ferrand und die neue Streikbewegung, die sich daran anschließt, sowie der abermals entbrannte Kampf für eine durchgreifende Senkung der Kosten der Lebenshaltung zeigen allerdings nur zu deutlich, wie unfähig das von den Sozialisten unterstützte «gemäßigte» Bürgertum zur Lösung der brennenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen ist. Die Situation, die General de Gaulle braucht, scheint allmählich doch heranzureifen. (20. Juni.)

der Sowjetunion sein, so kann man es dennoch verstehen, daß den Franzosen bei dieser ganzen Restauration der deutschen Schlagkraft nicht besonders wohl zu Mute ist. Auf jeden Fall gilt aber: Solange in Deutschland nicht die *Wirtschaft* demokratisiert wird, mit Organisierung der Industrie, der Banken und der Versicherungen als öffentlicher Dienste, mit Aufteilung des noch übrigen Großgrundbesitzes, Vermögensabgabe (dies im Zusammenhang mit der Währungsreform) und Einziehung des Nazibesitzes, solange hat dort auch die *politische* Demokratie keine Zukunft. Die «Selbstbestimmung», welche die Deutschen nach dem endgültigen Wegfall der alliierten Militärregierung bekommen sollen, wird dann einfach zur Wiedereinsetzung der nationalistisch-reaktionären Mächte führen, die sich schon jetzt recht kräftig regen und das «Londoner Diktat» in einer Art und Weise bekämpfen, die nur allzu peinlich an die Hetze gegen den «Versailler Diktatfrieden» erinnert. Wobei der lachende Dritte natürlich die Sowjetunion und der Kommunismus sind, die dem neudeutschen Nationalismus gefährlichen Vorschub leisten, in der kurzsichtigen Hoffnung, ihn als Werkzeug für *ihre* Zwecke benützen zu können.

Nehmen wir dazu noch die Tatsache, daß der Versuch, einen Friedensvertrag mit *Oesterreich* zustande zu bringen, von den Westalliierten nunmehr endgültig aufgegeben wurde, weil die Russen, die immerhin eine Reihe wesentlicher Zugeständnisse gemacht haben, in zwei Punkten – Reparationen und Grenzberichtigungen zugunsten Jugoslawiens – nicht auch noch einlenken wollen, so drängt sich neuerdings der Eindruck auf: Die Wurzel allen Übels ist das tiefe Mißtrauen der Westmächte gegen die Sowjetunion und der Sowjetunion gegen die Westmächte. Solange darin kein Wandel eintritt, bleiben beide Teile in Mitteleuropa auf ihren militärischen und politischen Stellungen und verzögern mit irgendwelcher Begründung den Abschluß der für eine wirkliche Neuordnung so nötigen Friedensverträge, die sie zur Räumung ihrer Positionen zwingen würden. Das Chaos dauert damit weiter, und die Völker werden für unabsehbare Zeit auf eine durchgreifende Verbesserung ihrer Lage warten müssen.

In der Tschechoslowakei Unterdessen nimmt unter kommunistischer Führung die Neugestaltung Ost- und Südosteuropas ihren folgerichtigen Fortgang. Ein Teilstück dieses sehr tatkräftig geförderten Prozesses stellen die *tschechoslowakischen Parlamentswahlen* dar, die ja nur die Besiegelung des außerparlamentarisch durchgeführten Systemwechsels durch eine behördlich befohlene und gelenkte Kundgebung des «Volkswillens» sein konnten. Gewiß werden die einschneidenden Reformen, die jetzt vorgenommen werden, den ganzen Aufbau der tschechoslowakischen Ge-

sellschaft allmählich von Grund auf und in sozialistischem Sinn verändern; aber es ist dennoch zu befürchten, daß eine solche «Zwangsbekehrung», wie man den ganzen Vorgang nicht unzutreffend genannt hat, zuletzt nicht der Stärkung, sondern eher der Schwächung des Sozialismus dienen wird, der eben, wie jede große Sache, von der *freiwilligen* Zustimmung seiner Träger und Nutznießer lebt. Und die 11 Prozent Oppositionszettel, die in den Stimmurnen der Tschechoslowakei gezählt wurden, sind eben doch ein nicht überhörbarer Ausdruck des Protestes gegen Revolutionsmethoden, die in Ländern ohne Demokratie soweit ganz normal sein mögen, im Lande der Hussiten und «Masarykiten» aber von den Besten sicher als unwürdig empfunden werden.

Im Gefolge der Staatsumwälzung ist nun auch Eduard *Benesch* vom Amte eines Präsidenten der Republik zurückgetreten und durch den bisherigen Ministerpräsidenten Clemens Gottwald ersetzt worden, dem seinerseits der Vizepremier und Gewerkschaftsleiter Antonin Zapotocki, einer der «starken Männer» des Regimes, folgt. Benesch hatte offenbar mit diesem Schritte warten wollen, bis die neue Regierung einigermaßen gefestigt und die Gefahr eines Bürgerkrieges endgültig gebannt sei. Denn daß er mit den *Zielen* der Neuordnung von Staat und Wirtschaft im wesentlichen einig ist und einer Weiterführung der sozialistischen Revolution durchaus nicht im Wege stehen wollte, das darf als erwiesen betrachtet werden; wer sein Buch «Demokratie heute und morgen» gelesen hat, der weiß, daß ihm die Übernahme der Wirtschaftsmittel durch die Volksgemeinschaft und der Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft selbstverständliche Notwendigkeiten der neuen Demokratie sind, die er kommen sah. Aber Benesch wünschte diese Umwälzung, wenigstens für sein eigenes Land, ebenso unzweifelhaft im Rahmen der politischen Demokratie und besonders unter Wahrung des Zusammenhanges mit der westeuropäisch-amerikanischen Welt, der er so tief verpflichtet ist. Daß dieser Zusammenhang durch die jüngsten Ereignisse zerrissen wurde und die Tschechoslowakei nicht die Brücke zwischen Ost und West sein konnte, die ihm vorschwebte, vielmehr infolge des Auseinanderfallens von Europa in zwei scharf getrennte Hälften sich dem Osten anschließen mußte, zu dem ihr Volk durch Abstammung und Kultur nun einmal in erster Linie gehört – *dazu* konnte er nicht einfach Ja sagen, eine *solche* Tschechoslowakei konnte er nicht mehr als ihr oberster Diener repräsentieren, so sehr er auch, wie jeder Tscheche, überzeugt ist, daß der Hauptfeind seines Landes die Deutschen sind und daß sich die Tschechoslowakei darum vor allem auf die Sowjetunion stützen muß. Jan Masaryk ist an diesem Zwiespalt, wohl unter dem Druck einer dunklen Erbschaft – seine Mutter, eine Tante und

eine Schwester endeten in geistiger Umnachtung, ein Bruder und ein Neffe im Selbstmord –, seelisch und körperlich zerbrochen; Eduard Benesch hat nur seine große politische Laufbahn deswegen abgebrochen[1].

Der Kampf um Finnland Eine interessante Linie führt von der Tschechoslowakei zu *Finnland*. Mitten in der tschechoslowakischen Krise, am 22. Februar, forderte Stalin – es war ja davon in unserer Rundschau bereits die Rede – in einem Brief an Präsident Paasikivi die finnische Regierung zu Verhandlungen über einen «Vertrag gegenseitiger Hilfeleistung gegen einen allfälligen deutschen Angriff» auf. Es konnte nicht fehlen, daß diese Einladung als russischer Versuch gedeutet wurde, nach der Tschechoslowakei nun auch Finnland in aller Form dem Ostblock anzugliedern. Allein gerade der Eindruck, den die tschechoslowakischen Ereignisse in der Welt gemacht hatten, half den Finnen, sich der Einbeziehung in das Bündnissystem der Sowjetunion zu erwehren. Der am 6. März unterzeichnete und vom finnischen Parlament am 26. April genehmigte russisch-finnische Vertrag war so auffallend locker und für Finnlands Selbstgefühl schonend, daß man sich fragt, warum er überhaupt noch abgeschlossen wurde. Aber offenbar konnte die Sowjetunion nicht mehr zurück, nachdem sie – in einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt – die Verhandlungen anbegehrt hatte, und bei der Gestaltung des Vertragstextes selber trug sie dann, aus der Lage das Beste für sich herausholend, dem finnischen Standpunkt weitgehend Rechnung, in der Hoffnung, nicht nur in Finnland, sondern auch in Schwe-

---

[1] Nachdem die Behauptung, *Jan Masaryk* habe sich das Leben genommen, weil ihn Verzweiflung über die Zerstörung der tschechoslowakischen Freiheit erfaßt habe, nicht mehr aufrechtzuerhalten war, wird jetzt herumgeboten, er sei gar nicht freiwillig aus dem Leben geschieden, sondern von den Kommunisten ermordet worden. Kingsley Martin, der Chefredakteur des «New Statesman», ist diesen Gerüchten in Prag selbst nachgegangen und erklärt sie als unbegründet. «Masaryk», so stellt er fest, «hatte ein akutes Leiden und konnte nicht schlafen; er sollte innert kurzem eine Erholungskur antreten. Er hatte ernste private Schwierigkeiten, von denen das Publikum nichts weiß; er war heftig bekümmert über den Staatsstreich, den er miterlebt hatte, und fühlte sich beelendet, weil er die Entlassung alter Kollegen im Außenministerium unterzeichnen mußte. Geistesstörung trat wiederholt in seiner Familie auf; er sprach oft von seiner Furcht, auch er könnte seelisch zerrüttet werden. Aber ich wurde erst überzeugt, als ich mit persönlichen Freunden Masaryks redete, von denen er tatsächlich wenige Tage zuvor Abschied genommen hatte und welche die Anordnungen kannten, die er zur Regelung seiner persönlichen Angelegenheiten getroffen hatte.»

Was *Benesch* betrifft, so erbringt Winston Churchill in seinen Kriegserinnerungen aufschlußreiche Zeugnisse für dessen enge Bindung an die Sowjetunion und an Stalin im besonderen. Er berichtet unter anderem, daß es niemand anders als Benesch war, der — aus deutschen Quellen schöpfend — Stalin alle Tatsachen über-

den und Norwegen damit einen guten Eindruck zu machen, eine Rechnung, die dann auch ziemlich gestimmt haben dürfte.

Die Finnen gaben sich indessen mit diesem außenpolitischen Erfolg nicht zufrieden. Sie suchten ihn auch innenpolitisch auszunützen und die Stellung der Kommunisten entscheidend zu schwächen, ihrerseits darauf rechnend, daß die Sowjetunion in diesem Zeitpunkt nichts dagegen zu unternehmen imstande sei. Das nächste Ziel war der Innenminister Leino, dem man die Absicht zuschrieb, nach dem Vorbild seines tschechoslowakischen Kollegen Nosek den Polizei- und Behördenapparat fest in die Hand der Kommunistischen Partei zu bringen und damit die bevorstehenden Parlamentswahlen zu «machen». Politische Verfehlungen, die Leino während des Krieges begangen hatte, mußten als Mittel dienen, ihn zu sprengen, und nach der Zerstörung dieses stärksten Bollwerkes der Linken sollten dann, ähnlich wie das auch in der Tschechoslowakei beabsichtigt war, Wahlen à l'italienne veranstaltet werden, mit dem Ziel, die Kommunisten überhaupt aus der Regierung auszuschalten und Finnland dem Westblock anzunähern, dessen Baumeister ja von Anfang an auch die Einbeziehung der skandinavischen Staaten in den antisowjetischen Bund ins Auge gefaßt hatten.

Der Plan gelang freilich nur halb. Wohl wurde Leino aus dem Kabinett entfernt, aber die von den Kommunisten – wiederum nach Prager Muster – versuchte Mobilisierung der finnischen Arbeiterschaft ließ es den nichtkommunistischen Parteien doch geraten erscheinen, trotz dem Mißerfolg des Generalstreiks die Hand zu einem Kompromiß mit den Kommunisten zu bieten, die mit ihren 45 000 Parteimitgliedern und ihren 51 Parlamentssitzen (von 200) immerhin eine be-

---

mittelte, die er über die Verschwörung hoher russischer Militärs und alter Kommunisten zum Sturze Stalins und zur Aufrichtung eines deutschfreundlichen Regimes in Erfahrung bringen konnte. «Es kam darauf», so schreibt Churchill, «in Rußland zu der erbarmungslosen, aber vielleicht nicht unnötigen militärischen und politischen *Säuberung* und zu den Prozessen im Januar 1937, in denen Wyschinskij als Staatsanwalt eine dominierende Rolle spielte. Sinowjew, Bucharin, Radek und andere ursprüngliche Führer der Revolution, Marschall Tuchatschewskij, der die Sowjetunion an der Krönungsfeier in London vertreten hatte, und viele andere hohe Offiziere der Armee wurden erschossen. Im ganzen wurden nicht weniger als 5000 Offiziere und höhere Beamte ‚liquidiert'. Die russische Armee wurde um den Preis einer schweren Einbuße an militärischer Schlagfertigkeit von ihren deutschfreundlichen Elementen gesäubert. Die Stimmung der Sowjetregierung wandte sich ausgesprochenerweise gegen Deutschland. Stalin hatte das Gefühl einer persönlichen Schuld gegenüber Präsident Benesch, und er wünschte dringend, ihm und seinem bedrohten Land gegen die deutsche Gefahr zu Hilfe zu kommen. Selbstverständlich durchschaute Hitler diese Zusammenhänge durchaus. Aber weder die inneren Spannungen in Deutschland noch die Bindungen zwischen Benesch und Stalin waren der Außenwelt bekannt, sie wurden auch von den englischen und französischen Ministern nicht in ihrer Bedeutung erfaßt.»

trächtliche Macht darstellen; ihre begabteste Führerin, Hertta Kuusinen, die Frau Leinos, wurde sogar, wenn auch nur als Minister ohne Portefeuille, in die Regierung aufgenommen. Und nun geht es also den Wahlen entgegen, bei denen die Sowjetunion eine ähnliche Rolle spielt wie, mit umgekehrten Vorzeichen, die Westmächte bei den italienischen Wahlen: indem sie Finnland die Hälfte seiner noch nicht bezahlten Reparationsschuld erließ und ihm eine Dollaranleihe zu billigem Zins gewährt, sucht sie die innenpolitische Stellung der Kommunisten zu stärken und darüber hinaus das günstige Klima für die Entwicklung der russisch-finnischen Beziehungen zu erhalten. Ob ihr das gelingt, bleibt abzuwarten. Die Demokratie hat jedenfalls von diesem ganzen Kampf um Finnland nicht viel zu gewinnen, auch wenn das parlamentarische Regime – wie anzunehmen ist – gesichert bleibt und der kommunistische Einfluß zurückgedrängt wird. Aber Finnland, das sich in seinem Kampf mit dem russischen Bedrücker unter die Fittiche zuerst des alten deutschen Militarismus und dann sogar des Hitlerschen Nazismus geflüchtet hat, ist eben auch ohne «Volksdemokratie» immer eine eigene Spezies von Demokratie gewesen . . .

Südosteuropa Besonders nachdrücklich wird von den Kommunisten die Wirtschafts- und Gesellschaftsrevolution in *Ungarn* und Rumänien weitergetrieben. Der Fünfjahrplan für die Entwicklung der ungarischen Produktion – der industriellen wie der landwirtschaftlichen – ist in voller Ausführung begriffen, die Aufteilung des Großgrundbesitzes nahezu beendet, die Lebenshaltung der Bevölkerung merklich gehoben und der Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebäude schon erstaunlich weit gediehen. Das hindert freilich nicht, daß die schlummernde Opposition in diesem Lande, wo, wie ein westlicher Beobachter schreibt, «die Massen tief unwissend, heftig antisemitisch, eher deutsch- als slawenfreundlich und an Gehorsam gegenüber der katholischen Hierarchie gewöhnt sind», dem neuen Regime dennoch gefährlich werden könnte, wenn es in seinem Reformeifer zu weit oder zu schnell vorstoßen sollte, zumal bisher die Diktatur verhältnismäßig maßvoll ausgeübt zu werden scheint und die nichtkommunistischen Kräfte immer noch einen gewissen Spielraum haben. Bereits hat die Regierung mit ihrem Beschluß, die katholischen Schulen staatlicher Führung zu unterstellen, den erbitterten Widerstand der römischen Kirche herausgefordert; es stehen sich hier in der Tat zwei Religionen gegenüber, die einander an Unduldsamkeit und Herrschsucht wenig nachgeben, und von denen auf die Länge die eine nicht bestehen kann, wo die andere sich behauptet. Begreiflich darum, daß sich gerade Rom zu einer Hauptstütze des Antikommunismus gemacht

hat und heute vielleicht sogar schon der gefährlichste Feind ist, mit dem Moskau zu rechnen hat[1].

In *Rumänien* wird nunmehr die Agrarreform, die den Großgrundbesitz zerschlagen hat, durch eine radikale Sozialisierung der Industrie und des Bergbaus ergänzt. Das gerade in den letzten Tagen darüber erlassene Gesetz scheint ähnlich weittragende Maßnahmen vorzusehen, wie sie in der Tschechoslowakei bereits in Kraft sind.

Merkwürdig klingen die Berichte aus *Griechenland*. Die «demokratische Regierung» des Generals Markos hat zweimal ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Athener Regierung erklärt, und gleichzeitig bemüht sich Bulgarien, die diplomatischen Beziehungen mit Griechenland wieder herzustellen – sicherlich nicht ohne mit der Sowjetunion im Einvernehmen zu sein, der man, als Teil ihrer allgemeinen «Friedensoffensive», die Absicht zuschreibt, die Partisanenregierung fallen zu lassen. Rein militärisch scheint die Lage der Widerstandsarmee keineswegs ungünstig zu sein; eine Botschaft der Regierung Markos vom 31. Mai behauptet, sämtliche Angriffe, welche die Truppen der Athener Regierung in den ersten fünf Monaten dieses Jahres unternommen hätten, seien gescheitert, und der stellvertretende Generalstabschef der Regierungsarmee, Kitrikakis, hat kürzlich selbst erklärt, es werde wohl noch bis in den nächsten Winter hinein, ja noch länger gehen, bis die Partisanen geschlagen seien; von einem Sieg über sie könne erst die Rede sein, wenn das ganze Hinterland, das die Armee Markos unterstütze, gesäubert sei. Allein es ist schon möglich, daß politische Rücksichten eine Beendigung des Bürgerkrieges noch vor dem Eintritt einer militärischen Entscheidung nahelegen, wobei freilich alles auf die Bedingungen ankäme, unter denen der Kampf abgebrochen würde. Die Athener Regierung, die neuerdings besonders in Amerika eine ziemlich schlechte Presse hat – die Ermordung des amerikanischen Radio-Journalisten Polk durch Regierungsagenten hat besonders aufreizend gewirkt –, hat indessen, so sollte man meinen, wenig Anlaß, Forderungen zu stellen, die von den Partisanen als entehrend empfunden werden müßten.

Stellen wir aber doch noch einmal an Hand eines unverdächtigen Zeugnisses fest, daß es sich bei dem besonders von den «Ordnungstruppen» entsetzlich grausam geführten, griechischen Bürgerkrieg nicht

---

[1] Ein Aufsatz von Ernest O. Hauser in der «Saturday Evening Post» (5. Juni 1948) zeigt im einzelnen, wie der jüngste Wahlkampf in Italien auf bürgerlicher Seite durchaus von der katholischen Kirche beherrscht und organisiert worden ist, wobei auf der einen Seite der unmittelbare geistliche Druck, im besonderen die Drohung mit der Verweigerung der Absolution (die eine ungeheure Wirkung gehabt habe), auf der anderen die Tätigkeit der Katholischen Aktion (die in 18 000 von den 24 000 Pfarreien ihre Propagandazentralen betrieben habe) von entscheidendem Einfluß gewesen sei.

um den Kampf einer gesetzlich und demokratisch gebildeten Regierungsgewalt gegen einen Versuch handelt, ein kommunistisches Terrorregime aufzurichten, sondern – um etwas ganz anderes. Wir lesen nämlich im «Volksrecht» (vom 4. Juni), offenbar aus der Feder eines griechischen Sozialdemokraten, eine Darstellung der gegenwärtigen Lage in Griechenland, in der es u. a. heißt:

«Nach der Unterdrückung der Volkserhebung im Dezember 1944 brach die Konterrevolution aus. Der Terror gegen die Arbeiter und die Linke im allgemeinen, ebenso wie die neue Partisanenbewegung, vergrößerten die Verwirrung ... Es wird vielfach angenommen, daß die bekannten konterrevolutionären Maßnahmen ausschließlich gegen die Kommunistische Partei gerichtet seien und der gesamte politische Kampf bloß aus einem Duell zwischen der Rechten und den Kommunisten bestehe. Dies trifft nicht zu. Die griechische Konterrevolution richtet sich mit der gleichen Wut gegen Sozialisten und andere fortschrittliche Elemente wie gegen die gesamte Arbeiterklasse. Alle Bezirksorganisationen der Sozialistischen Partei, mit Ausnahme jener in den drei großen Städten und auf Kreta, sind aufgelöst worden. Viele unserer Anhänger arbeiten in der Illegalität. In der Provinz kann die sozialistische Presse nicht verbreitet werden. Auch Gewerkschaftsorganisationen wurden aufgelöst, und viele Sozialisten und Gewerkschafter sind eingekerkert oder in die Verbannung getrieben.

... Daher bekämpfte die (Sozialistische) Partei die aus gefälschten Wahlen hervorgegangenen Rechtsregierungen, die ein Regime der legalisierten Gegenrevolution darstellen und sich mit Unterstützung des reaktionären Verwaltungsapparates gegen die Arbeiterklasse richten ... Ebenso bekämpft die Sozialistische Partei heute die amerikanische Intervention, die ein bankrottes bürgerliches System stützt. Die von den Kommunisten kontrollierte Partisanenbewegung ist das direkte Ergebnis des Terrors, der viele Männer gezwungen hat, ihre Heimstätten zu verlassen und in den Bergen Zuflucht zu suchen.

... Der amerikanischen Intervention und der unter amerikanischem Druck zustande gekommenen monarchistisch-liberalen Koalition ist es nicht gelungen, Friede und Ordnung wiederherzustellen. Alle volkstümlichen Kräfte werden weiterhin verfolgt; die Spannung wächst.»

Krieg und Frieden in Palästina

Was auch immer in Griechenland geschehen möge, eine dauerhafte Lösung der griechischen Frage wird es nur geben, wenn die von Athen aus arbeitende Gegenrevolution ihren Rückhalt an der *internationalen* Gegenrevolution verliert, ohne deren Hilfe sie ebenso machtlos wäre, wie Francos Willkürherrschaft in Spanien ohne ausländische Stützung zusammenbrechen müßte. Nicht unähnlich liegen die Dinge beim *Palästinaproblem*, das nur darum immer aufs neue verwirrt und anscheinend unlösbar gemacht wird, weil vom Ausland her Kräfte wirken, die ein *Interesse* an der Verhinderung einer rechten Lösung haben. Zwar herrscht nun ja seit dem 11. Juni Waffenruhe zwischen Juden und Arabern; aber wird sie auch nur die vier Wochen lang anhalten, für die sie gelten soll? Und wenn ja, werden die Araber, die den Staat Israel unter keinen Umständen dulden zu wollen erklären, nachher den Krieg abermals aufnehmen?

Es *muß* nicht so weit kommen. Aber es wird nur dann nicht so weit kommen, wenn die Vereinten Nationen, die schließlich zur Sicherung des Friedens unter den Völkern gegründet worden sind, endlich einmal den Arabern den Meister zeigen. Und das heißt, wenn die Klassen- und Machtinteressen, die bislang hinter der araberfreundlichen und judenfeindlichen Orientpolitik Großbritanniens standen und die mit einflußreichen Gruppen des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus verbündet sind, ausgeschaltet werden und fortschrittlich-sozialen Kräften Platz machen, die dann eine Wohlfahrts- und Friedenspolitik einzuleiten vermöchten, wie sie Henry Wallace nicht zuletzt auch im Hinblick auf Vorderasien, diesen ewigen Unruheherd, empfiehlt. Sicher ist, daß die Vereinten Nationen, sollten sie weiterhin tatenlos zusehen, wie die Araber dem Teilungsbeschluß für Palästina trotzen, des gleichen unrühmlichen Todes sterben müßten wie der Völkerbund, der auch, und unter dem Einfluß derselben konservativ-kapitalistischen Mächte, die heute erneut am Werke sind, das Recht an die Gewalt verraten hat und daran zugrunde gegangen ist. So weit *darf* es nicht wieder kommen. Es gibt auch tatsächlich, wie Wallace in seinem Friedensbuch schreibt, keinen triftigen Grund, warum die Vereinten Nationen in Palästina versagen müßten:

«Der Haß ist in jenem Landstrich losgelassen, aber es ist nicht nötig, daß Generation um Generation ihm erliegt. Möge doch, wenn einmal eine UNO-Polizeimacht den Beschluß der Vereinten Nationen durchgesetzt hat, die Weltbank sofort das Geld für eine sich selbst erhaltende Jordantal-Verwaltung[1] liefern, die alle Söhne Sems zu der Aufgabe heranzieht, die Fruchtbarkeit der biblischen Zeiten wiederherzustellen, in denen die Ströme des Nahen Ostens eine überquellende Bevölkerung ernähren halfen.»

In *dieser* Richtung wird tatsächlich die Lösung der Palästinafrage gesucht werden müssen. Und *dieses* Wohlfahrts- und Friedenswerk wird bestimmt nicht durch «russische Sabotage» verhindert werden, der Präsident Truman jetzt in seinen Wahlreden die Schuld an der Friedlosigkeit der Welt gibt, wohl aber durch *Fernhaltung* Sowjetrußlands von der Mitwirkung an der Befriedung und Erschließung des Orients und durch Fortsetzung jener Politik der Truman-Doktrin, die schon so viel Unheil in den Ländern angerichtet hat, die mit ihrer Anwendung beglückt wurden. Diesen ganzen verhängnisvollen Kurs umzubiegen und einen neuen Weg in die Wirrnis der Welt hinein zu öffnen, das bleibt die große Notwendigkeit unserer Zeit, wenn überhaupt die Völker zu Frieden und Freiheit kommen sollen.

16. Juni. *Hugo Kramer.*

---

[1] Anspielung auf die berühmte Tennesseetal-Verwaltung in den Vereinigten Staaten, nach deren Muster das Jordantal erschlossen und seine Wasser für Palästina und Transjordanien nutzbar gemacht werden sollen.